

**Ausschuss „Migration und Inklusion“ der Deputation für Kinder und Bildung
Sitzungsprotokoll der 11. Sitzung**

21. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2023 - 2027

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
09.06.2026	14:00 Uhr	16:37 Uhr	Raum 118-122, Rembertiring 8-12, 28195 Bremen

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung vom 03.03.2026

TOP 3 Bildungsabteilungen – Aktueller Stand (Bastian Hartwig, SKB)

TOP 4 10 Jahre Schulentwicklung: "Gemeinsam:SchlaU – Starke Schule in der Migrationsgesellschaft" (Esra Basha, SKB / Anja Kittlitz, SchlaU-Werkstatt / Hennes Wegner, Werkstattschule Bremerhaven)

TOP 5 Systemische Assistenz – aktualisierter Bericht (Carsten Dohrmann, SKB)

TOP 6 Verschiedenes

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Abg. Yvonne Averwerser eröffnet die Sitzung und bittet um Zustimmung zur vorgelegten Tagesordnung.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss genehmigt die Tagesordnung.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung vom 03.03.2026

Abg. Yvonne Averwerser stellt das Protokoll der 10. Sitzung vom 03.03.2026 zur Abstimmung.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll der 10. Sitzung unverändert.

TOP 3 Bildungsabteilungen – Aktueller Stand (Bastian Hartwig, SKB)

Bastian Hartwig führt mit einer Präsentation (siehe Anlage) in das Thema ein. Er weist darauf hin, dass fehlende Haushaltsmittel und daraus resultierende personelle Engpässe eine Anpassung von Kapazitäten und Konzept erforderlich machen. Besonders der begleitete Übergang (begÜ) sei ressourcenintensiv und in der Umsetzung herausfordernd.

Corinna Genzmer berichtet, dass die verschärfte Personalsituation die Verweildauer von Schüler:innen in den Bildungsabteilungen (BiA) verkürze. Es fehlen 170 Lehrkräftewochenstunden (LWS). Für ein „Mini-System“ mit hohem fachlichem Standard wie die BiA seien studentische Aushilfen nicht gut geeignet, um Ausfälle zu kompensieren. Sandra de Boer weist zudem darauf hin, dass der Einsatz unerfahrener Kolleg:innen wiederholt grundlegende Konsense zur Diskussion stelle. Beim nicht-unterrichtenden Personal (NUP) führten (Langzeit-)Erkrankungen zu weiteren Ausfällen und machten die unzureichende Finanzierung deutlich. Anne Gerber betont die gute Unterstützung der BiA für die Schulen und fordert eine verbesserte Abstimmung der beteiligten Ressorts. Alle Leitungen der BiA seien sich einig: „Wir wollen kein Förderzentrum sein.“

Abg. Yvonne Averwesser fordert, den begÜ sicherzustellen, und erkundigt sich nach Gelingensfaktoren in der Region Nord. Bastian Hartwig führt an, dass dort erfahrene Leitungen mit guten Netzwerken, sturmerprobte Einrichtungen sowie ein gut aufgestelltes Casemanagement des Amts für Soziale Dienste zusammenkämen.

Bastian Hartwig berichtet, dass ein Bedarf von 16 Stellen (10–14 VZÄ) angemeldet wurde. Bei gedeckelter Ausstattung müssten Kapazitäten und konzeptionelle Ausrichtung angepasst werden, eine Rückkehr zu Förderzentren komme nicht in Frage. Sandra de Boer schlägt vor, verbleibende LWS von Teilzeitkräften gebündelt als freie Stellen auszuschreiben. Meike Wittenberg weist in diesem Zusammenhang auf laufende Verhandlungen des Senators mit dem Senator für Finanzen hin.

Corinna Genzmer erläutert, dass die Rückkehr in die Stammschule schrittweise erfolge. Für den begÜ stünden weder in den BiA noch in den Stammschulen ausreichend Stunden zur Verfügung, was zu Verzögerungen führe. Temporäre Lerngruppen an Schulen eigneten sich gut für den begÜ und könnten die BiA entlasten.

Arne Frankenstein beschreibt die BiA als lernendes System, in dem das mehrstufige Handlungs- und Interventionskonzept systematisch zu berücksichtigen sei. Er fordert zusätzliche Personalressourcen und eine datenbasierte Verlaufsanalyse. Christoph Fantini signalisiert Kooperationsinteresse zur wissenschaftlichen Begleitung seitens der Universität Bremen. Bastian Hartwig erläutert, dass im Verlauf des nächsten Schuljahrs eine Datenarchitektur erstellt werden solle. Er weist jedoch auf datenschutzrechtliche Einschränkungen bei kleinen Kohorten hin.

Abschließend wird die Entwicklung eines ressortübergreifenden Konzepts für die BiA als wünschenswert genannt.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu TOP 3 zur Kenntnis.

TOP 4 10 Jahre Schulentwicklung: "Gemeinsam:SchlaU – Starke Schule in der Migrationsgesellschaft"

(Esra Basha, SKB / Anja Kittlitz, SchlaU-Werkstatt / Hennes Wegner, Werkstattschule Bremerhaven)

Zu diesem Tagesordnungspunkt führen Esra Basha und Imke Remmert einleitend in das Thema ein. Anschließend stellen Anja Kittlitz und Hennes Wegner das Projekt anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage).

Auf Nachfrage von Abg. Yvonne Awerwieser erläutern Imke Remmert und Anja Kittlitz den Auswahlprozess. Interessierte Schulen können nach Teilnahme an einer Informationsveranstaltung ihr Interesse bekunden. Pro Jahr könnten ein bis zwei Schulen in das Projekt aufgenommen werden. Voraussetzung für die Teilnahme sei ein entsprechender Beschluss der Gesamtkonferenz der jeweiligen Schule. Derzeit bestehe eine Warteliste interessierter Schulen, aufgrund fehlender weiterer Stiftungsmittel könnten derzeit jedoch keine zusätzlichen Schulen aufgenommen werden. Über das Startchancen-Programm bestehe für Schulen die Möglichkeit, sich um eine Förderung zu bewerben.

Auf Nachfrage führt Anja Kittlitz aus, dass das Projekt „SchlaU:Starten“ für Grundschulen erst kürzlich gestartet sei. Mit einer Pilotschule in Bremen werde derzeit erprobt, wie das Material des Lesebandes für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache angepasst werden kann. Meike Wittenberg ergänzt, dass sich an dieser Stelle eine zentrale Schnittstelle zwischen Migration und schulischer Inklusion zeige: Zugewanderte Schüler:innen ohne ausreichende Alphabetisierung und/oder Basiskompetenzen liefen Gefahr, dem Förderschwerpunkt Lernen zugeordnet zu werden.

Abg. Yvonne Awerwieser regt an, das Grundschulprojekt „SchlaU:Starten“ im Frühjahr 2027 im Ausschuss vorzustellen.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu TOP 4 zur Kenntnis.

TOP 5 Systemische Assistenz – aktualisierter Bericht **(Carsten Dohrmann, SKB)**

Carsten Dohrmann führt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) in das Thema ein. Er hebt hervor, dass die Zusammenarbeit mit der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration sowie dem Senator für Finanzen sehr gut funktioniere. Aus finanzieller Sicht sei festzuhalten, dass für eine persönliche Assistenz jährlich Kosten in Höhe von rund 40.000 Euro anfielen. Für eine systemische Assistenz seien jährliche Kosten von etwa 72.000 Euro zu veranschlagen, wobei diese im Durchschnitt die Unterstützungsbedarfe von drei Kindern abdecke. Zudem weist er darauf hin, dass systemische Assistenzen ausschließlich mit Fachkräften besetzt würden.

Auf Nachfrage von Abg. Miriam Strunge zur Qualitätssicherung bei der Ausweitung des Modells auf weitere Schulen erläutert Carsten Dohrmann, dass der regionale Ausbau durch eine Begleitgruppe unterstützt werde, um auftretende Herausforderungen aufzufangen. Die Vernetzung der Schulen erfolge über die Träger. Darüber hinaus soll ein begleitendes Fortbildungsprogramm aufgebaut werden.

Im Rahmen der Beantragung einer persönlichen Assistenz sei das Casemanagement gehalten zu prüfen, ob an der jeweiligen Schule bereits eine systemische Assistenz vorhanden ist. Die Umsetzung dieser Prüfung gelinge regional unterschiedlich gut.

Arne Frankenstein betont, dass beim Übergang in den Jahrgang 5 für Kinder, die in der Grundschule durch eine systemische Assistenz unterstützt wurden, auch an der weiterführenden Schule eine entsprechende Unterstützung sichergestellt werden müsse. Gerade in dieser Übergangsphase sei eine kontinuierliche Begleitung von besonderer Bedeutung. Individuelle Ansprüche auf persönliche Assistenz bestünden in begründeten Fällen fort. Im Rahmen einer Evaluation sei sicherzustellen, dass Leistungsberechtigte nicht von der Inanspruchnahme persönlicher Assistenz abgebracht würden. Darüber hinaus spricht er sich für eine Verankerung des Modells im Schulgesetz aus.

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu TOP 5 zur Kenntnis.

TOP 6 Verschiedenes

Keine Meldungen.

Die Sitzung wird um 16:37 Uhr geschlossen.

gez.

Yvonne Awerwieser

Sprecherin des Ausschusses

gez.

Annika Hohorst

für das Protokoll

- Anlagen